

## Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Florian von Brunn SPD**

vom 27.08.2019

- mit Drucklegung -

### **PFOA und PFOS: Neubewertung von Risiko und maximaler Aufnahmemenge - welche Konsequenzen ziehen Staatsregierung und zuständige Behörden in Bayern jetzt?**

Das Bundesinstitut für Risikobewertung hat auf Wunsch des SPD-geführten Bundesumweltministeriums - von Anfang Juni 2018 - am 21. August 2019, also nach über einem Jahr, eine Stellungnahme zum Entwurf der EFSA-Opinion „Risk to human health related to the presence of perfluorooctane sulfonic acid and perfluorooctanoic acid in food“ abgegeben.

Zwischenzeitlich hatte die Europäische Lebensmittelsicherheitsbehörde EFSA das Dokument am 13.12.2018 offiziell veröffentlicht.

Über acht Monate nach der Veröffentlichung spricht sich jetzt auch das BfR für die neue Risikobewertung und erheblich niedrigere zulässige Aufnahmemengen der beiden PFCs aus:

"Die EFSA hat neue, deutlich niedrigere tolerierbare wöchentliche Aufnahmemengen (tolerable weekly intakes (TWI)) abgeleitet. Für PFOS sind diese nun dreizehn Nanogramm (ng) pro Kilogramm (kg) Körpergewicht pro Woche, für PFOA sechs ng pro kg Körpergewicht pro Woche. Die Werte geben die wöchentlichen Dosen an, die bei einer lebenslangen Aufnahme keine gesundheitlichen Beeinträchtigungen beim Menschen erwarten lassen. (Quelle: <https://www.bfr.bund.de/cm/343/neue-gesundheitsbezogene-richtwerte-fuer-die-industriechemikalien-pfos-und-pfoa.pdf>).

Die neuen maximalen wöchentlichen Aufnahmemengen liegen für PFOA um den enormen Faktor 1.750 niedriger als die von der EFSA 2008 empfohlenen Werte, für PFOS um den Faktor 81. Das führt zwangsläufig zu dem Schluß, dass für zahlreiche Menschen und Gebiete das Risiko der Aufnahme dieser Stoffe neu bewertet werden muss und schnell geeignete Schutzmaßnahmen zu treffen sind, um sie adäquat vor Gesundheitsgefahren zu schützen.

Ich frage daher die Staatsregierung:

---

VorAn - Dokument - ID: 43889

eingereicht von Schneider, Gregor am 27.08.2019 - 13:23

1

SPD

Status: eingereicht seit 27.08.2019 - 13:23

Ersterfasser: Florian von Brunn

1.1 Welche Gebiete und Bevölkerungsgruppen sind nach dieser Neubewertung als gefährdet zu betrachten?

1.2 Was unternehmen Staatsregierung und zuständige Behörden jetzt in Folge, um betroffene Menschen zu schützen?

1.3 Werden jetzt endlich auch in Bayern, wie in Baden-Württemberg, Leitwerte für PFCs in Nahrungsmitteln festgesetzt oder will das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) weiterhin alle belasteten Lebensmittel individuell beurteilen?

2.1 Wann werden in Bayern die vom BfR empfohlenen Human Biomonitoring- (HBM) bzw. Blutuntersuchung durchgeführt, um die Belastungssituation der Bevölkerung und insbesondere von Säuglingen und Kleinkinder angemessen beurteilen zu können?

2.2 Wo werden in Bayern jetzt HBM-Untersuchungen durchgeführt?

2.3 Wann werden jetzt HBM-Untersuchungen insbesondere auch in der Nähe von zivilen Flughäfen, Militärflughäfen der Bundeswehr und der US Air Force sowie Industrieanlagen, in denen vermutlich mit PFOA bzw. PFOS gearbeitet wurde, durchgeführt?

3.1 Welche Konsequenzen zieht die Staatsregierung aus der Veröffentlichung des BfR für die Lebensmittelüberwachung und -analyse in Bayern?

3.2 Wie genau werden jetzt Lebensmittel verstärkt auf PFCs, insbesondere auf PFOA und PFOS, untersucht, um einen repräsentativen Überblick über die Belastungssituation zu erhalten und die Bevölkerung besser schützen zu können?

3.3 Sind die dafür notwendigen Analysetechniken und Laborkapazitäten vorhanden?

4.1 Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Trinkwasserversorgung in Bayern?

4.2 Welche Maßnahmen ergreifen Staatsregierung und zuständige Behörden jetzt, um die Menschen vor nach den neuen Bewertungen kritischen PFOA- und PFOS-Werten zu schützen?

4.3 Welche Konsequenzen hat das insbesondere für den Landkreis Altötting bzw. betroffene Gebiete in und um das bayerische "Chemiedreieck"?

5.1 Welche Maßnahmen ergreifen Staatsregierung und zuständige Behörden jetzt insbesondere zum Schutz von Säuglingen, Kleinkinder und Kindern?

5.2 Welche Maßnahmen ergreifen Staatsregierung und zuständige Behörden jetzt zum Schutz von anderen Risiko-Gruppen wie etwa Fischern?

6.1 Wie sieht das Handlungskonzept der Staatsregierung und ihr Zeitplan nach der Veröffentlichung jetzt aus?